

Die Deutsche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Jahrgang 218

Nr. 298 a

Bezugspreis: monatlich 3.00, vierteljährlich 8.00, halbjährlich 15.00, jährlich 30.00. Einmalige Bestellungen werden ebenfalls polyanalysiert und unter Umständen ermäßigt. — Böden überall erhältlich im Verlag von S. Godefrid.

Verlagspreis: Halle-Neustadt, Postfach 101/102, — Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktions 5609 und 5610 — Postfachstelle Leipzig 20512.

Halle-Neustadt **Sonntag, 20. Dezember 1925**

Verlagspreis: Die Ausgaben ab 11 Uhr bis 11 Uhr morgens 10 Pfennig, abends 15 Pfennig. Die Ausgaben ab 11 Uhr bis 11 Uhr morgens 10 Pfennig, abends 15 Pfennig. Die Ausgaben ab 11 Uhr bis 11 Uhr morgens 10 Pfennig, abends 15 Pfennig.

Verlagspreis: Halle-Neustadt, Postfach 101/102, — Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktions 5609 und 5610 — Postfachstelle Leipzig 20512.

Deutschlands Ruin durch den Dawesplan

Das Reichskabinett erwägt Vorkerung des Planes

Erste Besorgnis um die Finanzlage des Reiches

Berlin, 19. Dezember.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

In politischen Kreisen spricht man schon seit einiger Zeit davon, daß bei der Reichsregierung Erwägungen darüber schweben, auf welche Weise eine Vorkerung des Dawes-Planes erreicht werden könnte. Man bringt damit die Befürchtungen, die der Reichspräsident Dr. Brüning in Amerika geäußert hat, in Zusammenhang und glaubt auch, daß von ihm vorgeschlagene Verantwortung der deutschen Eisenbahnobligationen an Amerika zur Konsolidierung des französischen Zinsfußes in diesen Erwägungen eine Rolle spielt.

Eine gewisse Verhängung dieser Verhältnisse geben die Ausführungen, die Ministerialrat Sachs heute im Reichsrat über die Schwierigkeiten der Dawes-Durchführung gemacht hat und bei denen er auf den außerordentlichen Ernst der Finanzlage des Reiches sowie der allgemeinen deutschen Wirtschaftslage hinwies. 1928 würde das Mehr an Reparationszahlungen im deutschen Haushalt bereits 725 Millionen und von 1929 bereits 900 Millionen betragen. Für diese ungeheuren Summen sind Rücklagen nicht vorhanden und die Belastung der deutschen Wirtschaft mit Steuer und sozialen Lasten vergrößert sich auf die deutsche Regierung ganz einfach keine Erhöhung mehr. Nur eine Milderung der Steuerlast könnte unter unzureichender Wettbewerbsfähigkeit und unter Landwirtschaftlich machen, die sie gegenwärtig, solange die Regierung von Reparationszahlungen belastet ist, schon in der Preisgestaltung nicht mehr mit der Auslandsproduktion mitkommen kann.

Auch die außerordentliche Steigerung der Arbeitslosigkeit, die aus der letzten amtlichen Statistik zu ersehen ist, gibt den gutdünkelnden Zielen zu starker politischer

Sorge Anlaß. Es liegen eine ganze Reihe Anzeichen dafür vor, daß die Kommunisten die Situation für ihre Zwecke auszunutzen wollen, und eine ideale Agitation unter den Erwerbslosen entzünden. Die „Germania“ ist heute morgen in der Lage, einen geheimen Feindungsplan der Kommunisten im Auszuge zu veröffentlichen, der sich ganz besonders gegen die Zentrumspartei und die christlichen Gewerkschaften richtet, der aber auch noch weitergehende Ziele haben dürfte. Unter diesen Umständen ist es vom Reichsministerium, das gegenwärtig unter der Leitung des Reichswehrministers steht, durchaus pflichtgemäß gehandelt, wenn es die notwendigen Vorbereitungen trifft, um etwaigen inneren Unruhen zu Beginn des neuen Jahres mit der Erklärung des Ausnahmezustandes zu begegnen. Es ist zwar von amtlicher Seite demersert worden, daß an eine Verhängung des Reparationsplanes gedacht werde und von demokratischer Seite wird zudem mitgeteilt, daß der Minister selber den Plan habe fallen lassen. Wir sollten aber doch annehmen, daß man bei der verantwortlichen Stelle nicht einfach die Dinge laufen läßt, wie sie gehen, nur deshalb, weil auf Grund einer unbedingt nachprüfenden Induktion die Kontinuität von den parlamentarischen Verhältnissen im Reichsinnen- und Reichswehrministerium nicht vollkommen ist.

Gegen den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft

Berlin, 19. Dezember.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Wie von gutdünkelnder Seite mitgeteilt wird, hat sich der preussische Wohnungsrat gegen die vom Berliner Magistrat beschlossene Freigabe der mehr als 50 Zimmer umfassenden Wohnungen aus der Zwangswirtschaft ausgesprochen mit der Begründung, daß diese die anderen preussischen Großstädte gezwungen sein würden, dem Beispiel Berlins zu folgen und das dann noch unübersehbare Auswirkungen haben könnte. Die endgültige Stellungnahme des Wohnungsratsministeriums dürfte erst zu Beginn des neuen Jahres erfolgen.

Deutsches Geld für eine Frankenstabilisierung?

Die Frage einer Kapitalisierung der Reichsbahnobligationen

Washington, 19. Dezember.

Erfundungen, die man getrieben in hiesigen Regierungskreisen erzwungen hat, ergeben, daß das Gerücht über eine angeblich nahe bevorstehende neue Amerikareise des Reichsbahnpräsidenten an unwiderlichen Stellen keineswegs ohne weiteres als unangenehm in dem der Hand geworfen wird. Verschiedene Anzeichen lassen darauf hin, daß ebenfalls in nächster Zeit — als unter persönlicher Teilnahme Schwandts oder nicht, jedoch einflussreich dahingehend — hier Besprechungen stattfinden sollen, die für Deutschland große Bedeutung haben und in unmittelbarem Zusammenhang mit Frankreichs Finanzproblemen und der Auslösung des Dawes-Planes stehen werden. Die verantwortlichen amerikanischen Regierungsstellen sind ernstlich besorgt wegen der zunehmenden Verschärfung der französischen Finanzkrise. Vorläufig wird allerdings alles getan, um zu vermeiden, daß die breite Öffentlichkeit über diese Vorfragen unterrichtet wird und alle Erwägungen werden in vertraulicher Form angefaßt. Es herrscht jedoch Unbestimmtheit darüber, daß in aller Kürze Schritte getan werden müssen, um eine Abwärtsstärkung Frankreichs zu verhindern, die wahrscheinlich von noch schlimmeren Folgen begleitet wäre, als fernerzeit der Zusammenbruch der deutschen Wirt, und das Vertrauen des amerikanischen Publikums auf eine baldige Stabilisierung der europäischen Wertschritte neuerlich schwer erschüttert müßte. Die hiesige Regierung wünscht einen solchen Rückschlag im eigenen amerikanischen Interesse vorzubeugen, und sie findet dabei verständlicherweise weitgehende Unterstützung durch die Großbanken, die gerade jetzt, wo das europäische Kreditgeschäft äußerst lebhaft ist, ein neues Vertrauensverhältnis in Europa empfindlich treffen müßte.

Wieder ließ sich die Antieisepresse gegen Frankreich offiziell immer damit begründen, daß weitere Kredite erst gemacht werden sollten, wenn Frankreich sich zur Tilgung seiner Kriegsschuld bereit erklärt. Einzelne wissen aber schon längst, daß die Regierung zu großem Entgegenkommen in der Schuldfrage bereit ist, daß Gallian's Mißerfolg lediglich nur seiner ungeschickten Taktik ausgeschrieben war, und daß jetzt jederzeit eine Einigung erzielt werden könnte, sobald ein ernster Schritt von Seiten Dawers erfolgt. Unter den Umständen, die jetzt gegeben sind, liegt die Frage nahe, was Frankreich überhaupt zu bieten imstande ist und die Lösung der Frage betrifft, ist immer mehr, daß Frankreich aus gutem Grunde in einer Lage sein, wo es nicht nur keinerlei auswärtigen Forderungen gerecht zu werden vermag, sondern vielmehr einer sehr einflussreichen Disposition bedarf.

Sie kann die Tragweite der Besprechungen ermessen werden, die im Januar hier zwischen Mellon, Hoover, dem Republikaner-Geldminister, dem Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman, und dem Präsidenten der belgischen Staatsbank, Dautin, stattfanden sollen und an denen vielleicht auch Schwandts teilnehmen wird. Wie dahin wird auch der neuernannte französische Währungsminister, Senator Wengener, in Washington eingetroffen sein, der in seiner diplomatischen Eigenschaft Verhandlungen mit unaufrichtiger Einnahme, als wenn er in eine Spezialkommission herbeigekommen wäre. Das Interesse an einer deutschen Beteiligung an diesen Besprechungen erklärt sich aus dem dringenden Wunsch Frankreichs, dadurch sofort flüssige Mittel zu erlangen, die die deutschen Eisenbahnobligationen im Gesamtwert von elf Milliarden Goldmark, die unter dem Dawesplan ausgegeben wurden, schon jetzt dem Publikum zum Kauf angeboten werden. Da Frankreich 50 Pro, aus dem Erlöse dieser Obligationen zuziehen würde, es vorausgesetzt, daß die Obligationen zu pari gehandelt werden können, in den folgenden Weis eines ansehnlichen Betrages gelangen. Amerika sowohl wie England und Deutschland waren diesem Plane ursprünglich nicht sonderlich geneigt. Es ist noch zu früh, Einzelheiten öffentlich zu erörtern, die jetzt bei den obengenannten Persönlichkeiten in diesem Zusammenhang Gegenstand ihrer Erwägung sind. Soviel wir sei gesagt, daß die Frage einer Garantie der Eisenbahnobligationen, die der möglicherweise Deutschland selbst betragen würde, besonders wichtig ist. Kommen Vereinbarungen in der Richtung, die jetzt vorliegen ist, zustande, so würde damit zu rechnen sein, daß Deutschland gewisse Konzeptionen für seine Mittelhilfe bei Durchführung dieses Planes angeboten werden, die über die Rückwirkungen von Dawes noch hinausgehen.

Die das „Echo de Paris“ mitteilt, unternimmt bereits Delacroy im Namen der Reparationskommission Schritte zur Unterbringung der deutschen Eisenbahnobligationen. Delacroy hat von dem Generalagenten Barter über die Zulassung erhalten, daß dieser während seines New-Yorker Aufenthaltes die Finanzpresse der Wallstreet über die Möglichkeit einer Unterbringung der Obligationen auf dem amerikanischen Markt befragen wird. Das Uebertragungsamt, das die Angelegenheit eigentlich in die Hand nehmen sollte, hat in der Sache keinen Schritt getan. Während seiner Winterrückkehr hat sich Dawes in hieser Hinsicht an die Morgan-Gruppe gewandt, aber nur allgemeine Zusagen erhalten. Vertins sieht für Frankreich keinen Vorteil aus dem Verkauf der Obligationen und glaubt, daß die französische Regierung im Austausch folgende Zugeständnisse bewilligen müßte:

1. bestmögliche Räumung der Strudenbüche Koblenz und Mainz;
2. Konzeptionen in der Abrüstungsfrage;
3. eventuell vollständige Liquidierung des Dawes-Planes.

Im Ministerium des Äußeren wird erklärt, daß die vom „Matin“ getriebene Werbung über die Mobilisierung der deutschen Reichsbahnobligationen dem Zeitlichen nicht entspricht. Die Idee ist erloschen worden, aber eine offizielle Verhandlung habe nicht stattgefunden. In Washington ist überhaupt nicht über die Möglichkeit einer Verwertung der deutschen Obligationen gesprochen worden. Daß die finanziellen Operationen eine frühere Räumung der besetzten Gebiete zur Folge haben könnten, ist nach der vorläufigen Herrschenden Auffassung der maßgebenden Persönlichkeiten vollkommen ausgeschlossen. Das Geschäft würde auch für Frankreich nicht so gut sein, wie der „Matin“ annimmt, wenn der Verkauf der Obligationen würde Frankreich der Zinsen berauben, die sie jetzt einbringen, und die Emittenten müßte bei dem gestiegenen Zinsfuß von 5 Proz. mindestens unter sehr günstigen Bedingungen erfolgen.

Die Weimarer Parteien

Berlin, 19. Dezember.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Die Weimarer Parteien fangen an, sich gegenseitig untereinander die Verantwortung für das Scheitern der Dawes-Planung auszuweichen. Nachdem das linksdeutsche Zentrumsmittagblatt „Germania“, schon vor einigen Tagen der Sozialdemokratie sehr scharf ihre Mißbilligung ausgesprochen hat, gibt Hermann Müller heute morgen im „Vorwärts“ eine sehr eingehende Darstellung der Geschichte der Verhandlungen über die Dawes-Planung. Anmerkung muß man sagen, daß er dabei dem Zentrum, das mit den anderen bürgerlichen Parteien gemeinsam die sozialistische Erwerbslosenfrage zu Fall gebracht hat, weitgehende Schuld angedeihen läßt, offenbar, weil der letzte Beschluß der Sozialdemokratie den regierungswilligen Sozialdemokraten neue Möglichkeiten eröffnet.

Es dürften denn auch am dem Wege über den preussischen Landtag und die preussische Regierung allerlei Besprechungen im Gange sein, um Herrn Marx in der Weimarer Kampagne den Weg zum Anglerstuhl zu ebnen. Es kann aber auch andererseits der Wiederland großer Teile der Sozialdemokratie gegen jede Regierungsbeteiligung nicht unterdrückt werden, und so muß das Zentrum schon sehr schweres Geschick aufsuchen, wie etwa die Drohung einer Koalitionsauflösung in Preußen, wenn es das gewünschte Ergebnis erzielen will.

Die Deutsche Volkspartei dürfte sich im gegenwärtigen Augenblick zu enthalten und es erst einmal den Sozialdemokraten überlassen, ob sie unter sich zu einer Einigung kommen oder nicht, die sie irgendwelche Schwierigkeiten der Gruppe in der Deutschen Volkspartei, die von jeder und nicht ohne moralische Unterstützung von Seiten Stresemanns den Anstoß nach links gibt, dürfte aber hinter den Kulissen ebenso eifrig tätig sein, wie es verschiedene Kreise im Zentrum sind.

Siemens wehrt sich

Berlin, 19. Dezember.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Der Siemenskonzern ist anlässlich der Verhaftung der beiden Stresemann-Minister von der demokratischen Presse heftig angegriffen worden, obwohl Herr von Siemens selbst der demokratischen Partei nahesteht. Die vertriebsrechtliche Abwicklung des Reichsvertrages ist folgende: Herr Siemens-Konzern beschäftigt 100 000 Angestellte und Arbeiter, davon allein 55 000 in Siemensstadt. Eine außergerichtliche Kontrolle über seine Arbeitnehmer auszuüben, ist dem Konzern weder möglich, noch gehört es zu seinem Aufgabenskreis. Außerdem hat es die Finanzierung des Reichsvertrages und in Verfolg der letzten Bestimmungen des Reichsvertrages (§ 8), die einer Grundforderung der Gewerkschaften entspricht, vermeiden, der politischen, militärischen, funktionellen oder gewerkschaftlichen „Bedrohung“ des Einzelnen nachzugehen. Arbeitnehmer, von denen bekannt wird, daß sie im Bereiche politischer Agitation treiben oder sonst die Würde des Betriebes gefährden, werden freierhandlich aus dem Betrieb entfernt.

Die Zulieferer der Siemenswerke stellen die Dinge anders dar, aber die Antipresse unterläßt es trotzdem nicht, in ihrer Heftigkeit fortzuführen, die offenbar dazu dienen soll, um in den linksdeutschen Kreisen der Siemensvertriebskräfte eine Programmlösung gegen die rechtsstehenden Arbeiter und Angehörigen zu erreichen. Behauptungen, die auch der Brief, den die Deutsche Volkspartei an den Reichspräsidenten geschickt hat, nur bestätigt, die von links herkommende politische Erregung zu steigern, so sehr man der Volkspartei Recht geben wird, wenn sie sicheres Eingreifen der Behörden gegen Entgegnungen fordert, die von unverantwortlichen Personen begangen werden.

